

# **Gemeinde Sylt**

## **Bedingungen für den Aufbruch und die Wiederherstellung öffentlicher Verkehrsflächen**

### **- August 2015 -**

---

1.	Geltungsbereich	2
2.	Anzeige zur Durchführung von Arbeiten	2
3.	Ansprechpartner	2
4.	Technische Bedingungen	3
5.	Ortsbegehung, Beweissicherung	4
6.	Bauablauf und –koordinierung	4
7.	Sofortmaßnahmen	5
8.	Vorgaben zur Bauausführung	5
9.	Oberflächenwiederherstellung	6
10.	Einbau von Asphaltmischgut	8
11.	Abnahme, Mängelbeseitigung und Gewährleistung	9
12.	Aufbruchsperre	9
13.	Kostenübernahme	10

---

#### **Anlage**

- 1 Formblatt „Anzeige zur Durchführung von Arbeiten in öffentlichen Verkehrsflächen“ (Aufbruchanzeige)
- 2 Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung einer Arbeitsstelle (§ 45 Abs. 6 StVO)

## 1. Geltungsbereich

Die „Bedingungen für den Aufbruch und die Wiederherstellung öffentlicher Verkehrsflächen“ gelten für alle Arbeiten in öffentlichen Verkehrsflächen innerhalb der Gemeinde Sylt, unabhängig davon, ob die Arbeiten der Allgemeinheit dienen (z. B. Neubau- und Reparaturarbeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen, Kabelarbeiten) oder durch sonstige Dritte veranlasst und durchgeführt werden.

## 2. Anzeige zur Durchführung von Arbeiten

Für die Anzeige zur Durchführung von Arbeiten innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen (Aufbruchanzeige) ist das beigefügte Formblatt (Anlage 1) zu verwenden. Dies gilt auch für Arbeiten, welche überwiegend mit grabenlosen Verfahren durchgeführt werden.

Mögliche Ausnahmen, z. B. bei Arbeiten in oder an Landes- und Kreisstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften, kommunalen Baumaßnahmen oder Arbeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen im Vorfeld von Straßenbaumaßnahmen, sind gesondert zu regeln. Die Aufbruchanzeige muss mindestens 14 Kalendertage vor Beginn der Arbeiten beim Bauamt, Abt. Verkehrs- und Tiefbauplanung, Hebbelweg 4, 25980 Sylt / OT Westerland, vorgelegt werden.

Des Weiteren ist mit dem als Anlage 2 beigefügten Formular durch den Bauunternehmer eine verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung der Arbeitsstelle nach § 45 Abs. 6 StVO bei der zuständigen Verkehrsabteilung zu beantragen. Die Antragsunterlagen stehen auch auf der Homepage der Gemeinde Sylt ([www.gemeinde-sylt.de/Onlineverwaltung/Formulare-Online/Verkehr/Antrag zur Sicherung einer Arbeitsstelle an Straßen](http://www.gemeinde-sylt.de/Onlineverwaltung/Formulare-Online/Verkehr/Antrag_zur_Sicherung_einer_Arbeitsstelle_an_Straßen)) zur Verfügung.

Sofern öffentliche Flächen als Baustelleneinrichtungs- oder Lagerflächen genutzt werden, ist hierfür beim Bauamt, Abt. Verkehrs- und Tiefbauplanung eine Sondernutzungserlaubnis nach § 21 des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) des Landes Schleswig-Holstein zu beantragen.

Werden in öffentlichen Verkehrsflächen Baumaßnahmen ohne vorherige Anzeige der Arbeiten durchgeführt, wird die Baustelle stillgelegt, bis alle Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Bauausführung vorliegen.

Gleiches gilt bei Fehlen der verkehrsrechtlichen Anordnung und / oder der Sondernutzungserlaubnis nach § 21 StrWG.

## 3. Ansprechpartner

Anzeige zur Durchführung von Arbeiten (Aufbruchanzeige) / Sondernutzung öffentlicher Flächen in der Gemeinde Sylt (Ortsteile Westerland, Tinnum, Keitum, Archsum, Morsum und Rantum):

Gemeinde Sylt, Bauamt, Hebbelweg 4, 25980 Sylt / OT Westerland, Telefon: 04651–851-625.

Verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung der Arbeitsstelle nach § 45 Abs. 6:

Gemeinde Sylt, Verkehrsabteilung, Bahnweg 20 – 22,  
25980 Sylt / OT Westerland, Telefon: 04651–851-520.

Allgemeines Ordnungsrecht:

Gemeinde Sylt, Ordnungsamt, Bahnweg 20 – 22,  
25980 Sylt / OT Westerland, Telefon: 04651–851-500.

Arbeiten in oder an Landes- und Kreisstraßen:

Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), NL Flensburg,  
Schleswiger Straße 55, 24941 Flensburg, Telefon: 0461–903090 bzw.  
Straßenmeisterei Leck, Flensburger Straße 60, 25917 Leck, Telefon: 04662-891160

Ver- und Entsorgungsunternehmen (Gas-, Wasser-, Stromversorgung, Abwasser-entsorgung):  
Energieversorgung Sylt GmbH (EVS), Friesische Straße 53, 25980 Sylt / Westerland,  
Telefon: 04651-925-724

#### **4. Technische Bedingungen**

Es dürfen nur solche Unternehmer Arbeiten in öffentlichen Verkehrsflächen ausführen, welche in den Bereichen Erd-, Leitungs- und Straßenbau eine ausreichende fachliche Qualifikation nachweisen und entsprechende Fachkräfte und Geräte einsetzen. Der Straßenbaulastträger behält sich vor, die Bauausführung durch Firmen zu untersagen, welche diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

Im Rahmen der Bauvorbereitung und Baudurchführung sind u. a. folgende Regelwerke und Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung zu beachten:

- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU)
- Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)
- Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschn. 4: Schutz von Bäumen (RAS-LP 4)
- Baumschutzsatzung der Gemeinde
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien
  - für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)
  - für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (ZTV A-StB)
  - für Erdarbeiten im Straßenbau (ZTV E-StB)
  - für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Asphaltbauweisen (ZTV BEA-StB)
  - für Tragschichten im Straßenbau (ZTV T-StB)
  - für den Bau von Fahrbahndecken aus Asphalt (ZTV Asphalt-StB)
  - für den Bau von Pflasterdecken und Plattenbelägen (ZTV P-StB)
- VOB/C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen
  - DIN 18299 - Allgemeine Regelungen für Bauarbeiten jeder Art
  - DIN 18300 - Erdarbeiten
  - DIN 18303 - Verbauarbeiten
  - DIN 18305 - Wasserhaltungsarbeiten
  - DIN 18306 - Entwässerungskanalarbeiten
  - DIN 18315 - Verkehrswegebauarbeiten – Oberbauschichten ohne Bindemittel
  - DIN 18317 - Verkehrswegebauarbeiten – Oberbauschichten aus Asphalt
  - DIN 18318 - Verkehrswegebauarbeiten – Pflasterdecken und Plattenbeläge in ungebundener Ausführung, Einfassungen
  - DIN 18322 - Kabelleitungstiefbauarbeiten
  - DIN 18326 - Renovierungsarbeiten an Entwässerungskanälen

## **5. Ortsbegehung, Beweissicherung**

Lage, Umfang und zeitlicher Ablauf der Aufbrucharbeiten sind in einer gemeinsamen Ortsbegehung mit dem Antragsteller, der bauausführenden Firma und den Beauftragten des Straßenbaulastträgers festzulegen. Der vorhandene bauliche Zustand der Verkehrsflächen und ggf. der vorhandenen Verkehrseinrichtungen ist vor Baubeginn durch den Antragsteller fotografisch zu dokumentieren.

Im Rahmen der Abnahme festgestellte Schäden oder Mängel gehen zu Lasten des Antragstellers, sofern keine verwertbare Beweissicherung vorgelegt werden kann. Dies gilt auch für Schäden an Flächen, Verkehrseinrichtungen oder Grünflächen, welche im Zuge der Baustelleneinrichtung oder notwendig gewordener Verkehrsumleitungen entstanden sind.

Bei kleineren Oberflächenaufbrüchen, z. B. bei der Herstellung von Kopflöchern zur Sanierung von Hausanschlüssen, kann die gemeinsame Ortsbegehung entfallen, sofern mit der Aufbruchanzeige geeignete Fotos vorgelegt werden, in denen die geplanten Aufbruchstellen dargestellt sind.

Während der Bauzeit erforderliche Änderungen hinsichtlich des Bauumfanges oder des Bauablaufes sind vor deren Umsetzung abzustimmen. Anordnungen des Straßenbaulastträgers und dessen Beauftragten - auch während der Bauarbeiten - ist Folge zu leisten.

Erdarbeiten an oder in der Nähe unterirdischer Ver- und Entsorgungsleitungen sind vor Beginn mit den zuständigen Versorgungsunternehmen abzustimmen (Erkundungspflicht). Vorgaben der Versorgungsträger zu Sicherheitsabständen, Schutzmaßnahmen und Freihalteräumen sind einzuhalten.

Innerhalb des Baufeldes vorhandene Grenzmarkierungen sind gegen Beschädigungen zu sichern. Bei unvermeidlicher Entfernung oder Beschädigung sind diese spätestens mit der Wiederherstellung der Oberflächen zu dokumentieren, durch einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur (ÖbVI) auf Kosten des Antragstellers wieder herzustellen und in digitaler Form an die Gemeinde Sylt zu übergeben.

## **6. Bauablauf und -koordinierung**

Die Arbeiten sind so durchzuführen, dass die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt und der Verkehrsfluss so gering wie möglich behindert wird. Während der Dauer der Arbeiten obliegt die Verkehrssicherungspflicht dem bauausführenden Unternehmen.

Durch die Arbeiten dürfen Zugänge und Zufahrten der angrenzenden Grundstücke sowie der Anliegerverkehr nicht unzumutbar eingeschränkt werden. Mit Beginn der Baumaßnahme durch den Aufbau der Verkehrsleiteinrichtungen (Absperurmaßnahmen) bzw. der Baustelleneinrichtung ist der Antragsteller verkehrssicherungs- und haftungspflichtig. Die Verkehrssicherungspflicht endet mit der mängelfreien Abnahme durch den Straßenbaulastträger.

Durch die Baumaßnahme beeinträchtigte Anlieger sind mindestens 10 Tage vor Baubeginn mittels Handzetteln über die bevorstehenden Arbeiten zu unterrichten. Neben Art und Umfang der geplanten Arbeiten sind u. a. anzugeben: Kontaktdaten (Name, Anschrift, Telefonnummer) und Ansprechpartner des Antragstellers (Auftraggeber) und des bauausführenden Unternehmens, Baubeginn und Bauende, verkehrliche Einschränkungen wie z. B. Teil- und Vollsperrungen.

Die bauausführende Firma ist verpflichtet, die Arbeiten sorgfältig zu planen, die verschiedenen Arbeitsgänge sachgemäß zu koordinieren und für die Ausführung der Arbeiten eine genügende Anzahl von fachlich qualifizierten Arbeitskräften, Maschinen und Geräten einzusetzen.

Entsprechend der Gemeindeverordnung ist zum Schutz vor schädlichen Einwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräuschen oder sonstigen Emissionen der Betrieb von Geräten und Maschinen sowie die Ausübung lärmintensiver Tätigkeiten, wie z. B. Stemmen, Sägen und Bohren, ganzjährig in der Zeit von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr und 20.00 Uhr bis 8.00 Uhr untersagt. Ausnahmen sind nur auf besonderen Antrag und nach Genehmigung durch die Ordnungsbehörden im Einzelfall möglich.

Der Straßenbaulastträger kann verlangen, dass bestimmte Arbeiten nur in verkehrsschwachen Zeiten (z. B. in den Nachtstunden), im Mehrschichtbetrieb oder innerhalb bestimmter Fristen ausgeführt werden.

## **7. Sofortmaßnahmen**

Unaufschiebbare Sofortmaßnahmen, z. B. bei Leckagen / Rohrbrüchen an Gas- und Wasserleitungen, sind dem Straßenbaulastträger unmittelbar anzuzeigen. Nach Abschluss der Arbeiten ist eine Fertigstellungsmeldung vorzulegen.

Ist an der Baustelle eine mobile Beschilderung / Absperrung notwendig, müssen auf der Rückseite der Schilder sämtliche Kontaktdaten der beauftragten Baufirma angegeben sein.

## **8. Vorgaben zur Bauausführung**

Jede Baustelle, welche sich im öffentlichen Straßenraum befindet, ist mit einem dauerhaften, gut sichtbaren Bauschild zu versehen, welches mindestens folgende Angaben enthält:

Name und Anschrift des Antragstellers der Baumaßnahme; Name und Anschrift des bauausführenden Unternehmens einschl. Name und Mobilfunknummer des Ansprechpartners; Beschreibung der auszuführenden Arbeiten, z. B. „Sanierungsarbeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen“, „Straßenbauarbeiten“; Baubeginn und –ende.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit sind Verschmutzungen von Fahrbahnen, Geh- und Radwegen, Parkplätzen / Stellflächen oder sonstiger öffentlicher Verkehrsflächen unverzüglich zu beseitigen. Kommt die bauausführende Firma dieser Forderung nicht nach, behält sich der Straßenbaulastträger vor, verschmutzte Verkehrsflächen auf Kosten des Antragstellers reinigen zu lassen.

Werden auf der Baustelle Verstöße gegen Bau- oder Sicherheitsvorschriften festgestellt, so ist der Straßenbaulastträger berechtigt, die Arbeiten bis zur endgültigen Klärung und Beseitigung der Mängel einzustellen.

Innerhalb des Baufeldes ist eine ausreichende Oberflächenentwässerung zu gewährleisten. Bei plötzlich eintretendem Frostwetter sind begonnene Aufgrabungsarbeiten abubrechen, die Baugrube ist mit frostfreiem Material aufzufüllen.

Einbauteile wie Schachtabdeckungen, Straßenabläufe, Schieberkappen sowie Verteilerkästen o. ä. müssen auch während der Arbeiten zugänglich und funktionsfähig bleiben.

Während der Arbeiten beschädigte Bauteile wie z. B. Bordsteine, Rinnen- / Gehwegplatten und Pflastersteine sind durch neue, gleichartige zu ersetzen. Grünflächen sind entsprechend dem ursprünglichen Zustand wieder herzustellen, Gräben und Böschungen sind mit gesiebttem und steinfreiem Oberboden profilgerecht anzudecken und ggf. einzusäen.

Der Einbau von Recyclingmaterial ist nur zugelassen, wenn vor Beginn der Baumaßnahme ein Nachweis der Güteüberwachung gemäß den „Technischen Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau“ (TL G SoB-Stb) vorgelegt wird. Der Einbau von Recyclingmaterial in Wasserschutzgebieten ist nicht zulässig.

Sofern im Rahmen der Bauausführung belastetes oder kontaminiertes Material (z. B. teerhaltiger Fahrbahnaufbruch) vorgefunden wird, ist dieses entsprechend den gültigen Richtlinien und gesetzlichen Vorgaben fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgungsnachweise sind dem Straßenbaulastträger unaufgefordert vorzulegen.

Für die Verfüllung der Baugrube wird ein Tragfähigkeitswert  $E_{v2}$  von  $\geq 45$  MPa auf dem Erdplanum gefordert. Als gleichwertig anerkannt ist der Nachweis mit dem leichten Fallgewichtsgerät mit einem Sollwert  $E_{vd} \geq 25$  MPa.

Im Rahmen der Eigenüberwachungspflicht nach ZTV E-StB ist ein Nachweis der ausreichenden Verdichtung mittels Lastplattendruckversuchen unaufgefordert vorzulegen. Bei Grabentiefen ab 1,50 m ist zusätzlich die Verdichtung mit der leichten Rammsonde nachzuweisen. Die Prüfprotokolle sind dem Straßenbaulastträger spätestens mit dem Antrag zur Abnahme bzw. mit der Fertigstellungsmeldung vorzulegen.

## 9. Oberflächenwiederherstellung

Über die Ausführung folgender Arbeiten ist der Straßenbaulastträger mindestens zwei Werktage im Voraus zu informieren:

- Einbau ungebundener Tragschichten,
- Durchführung von Verdichtungsprüfungen (Rammsondierungen, Lastplattendruckversuche),
- Dichtheitsprüfungen und TV-Untersuchungen an Ver- und Entsorgungsleitungen,
- Einbau von Asphaltdeckschichten.

Der Antragsteller trägt sämtliche Kosten für die fachgerechte Wiederherstellung der Verkehrsflächen.

Hierzu gehören neben der Oberflächenwiederherstellung innerhalb des Baufeldes auch evtl. anfallende Kosten für die Veränderung, Neuaufrichtung oder Wiederbeschaffung von Verkehrszeichen, Markierungen und sonstiger Verkehrseinrichtungen (Straßenbeleuchtungseinrichtungen, Poller etc.) sowie Kosten für die Instandsetzung von Flächen, Verkehrseinrichtungen oder Grünflächen, welche im Zuge der Baustelleneinrichtung oder notwendig gewordener Verkehrsumleitungen beschädigt worden sind.

Sofern im Rahmen der Aufbrucharbeiten Fahrbahnmarkierungen entfernt oder beschädigt werden, ist durch den Antragsteller umgehend nach Abschluss der Oberflächenarbeiten die Wiederherstellung der Markierungen durch ein geeignetes Fachunternehmen zu veranlassen. Art und Umfang der Markierungsarbeiten sind im Vorfeld mit dem Straßenbaulastträger abzustimmen.

Auf Verlangen des Straßenbaulastträgers hat die bauausführende Firma in angrenzenden Flächen zusätzliche Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten in dessen Auftrag auszuführen.

Da durch Aufbrucharbeiten das Gefüge und somit die Tragfähigkeit vorhandener Asphaltdecken gestört wird, kann die ursprüngliche Tragfähigkeit durch die Wiederherstellung in der alten Befestigungsstärke u. U. nicht erreicht werden.

Bei der Wiederherstellung von Asphaltflächen sind deshalb – unabhängig von dem vorgefundenen Oberflächenaufbau - grundsätzlich die Vorgaben der RStO 12 (Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen) und der ZTV A-StB 12 (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen) einzuhalten.

Gleiches gilt für angrenzende, durch Aufbrucharbeiten beschädigte Flächen.

Sofern von Seiten des Straßenbaulastträgers im Einzelfall keine gesonderten Festlegungen getroffen werden, ist die Oberflächenwiederherstellung – auf Grundlage der „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen“ (RStO 12) – wie folgt durchzuführen:

### Geh- und Radwege

#### Asphaltdecke (RStO 12, Tafel 6, Zeile 2)

10 cm	Asphalttragdeckschicht AC 16 TD
30 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 80$ MPa, im Bereich von Grundstückszufahrten $\geq 120$ MPa)
40 cm	Gesamtdicke

#### Pflasterdecke (RStO 12, Tafel 6, Zeile 2)

8 cm	Pflasterdecke
4 cm	Pflasterbettung Splitt 0/5 mm
28 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 80$ MPa, im Bereich von Grundstückszufahrten $\geq 120$ MPa)
40 cm	Gesamtdicke

### Anlieger- und Wohnstraßen (Straßenkategorie ES V – Belastungsklasse Bk1,0)

#### Asphaltdecke (RStO 12, Tafel 1, Zeile 3)

4 cm	Asphaltdeckschicht AC 11 DN
10 cm	Asphalttragschicht AC 32 TN
15 cm	Schottertragschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 150$ MPa)
26 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 120$ MPa)
55 cm	Gesamtdicke

#### Pflasterdecke (RStO 12, Tafel 3, Zeile 1)

8 cm	Pflasterdecke
4 cm	Pflasterbettung Splitt 0/5 mm
20 cm	Schottertragschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 150$ MPa)
23 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 120$ MPa)
55 cm	Gesamtdicke

### Haupterschließungsstraßen (Straßenkategorie ES IV, HS IV – Belastungsklasse Bk3,2)

#### Asphaltdecke (RStO 12, Tafel 1, Zeile 3)

4 cm	Asphaltdeckschicht AC 11 DS
6 cm	Asphaltbinder AC 16 BS
10 cm	Asphalttragschicht AC 32 TS
15 cm	Schottertragschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 150$ MPa)
25 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 120$ MPa)
60 cm	Gesamtdicke

#### Pflasterdecke (RStO 12, Tafel 3, Zeile 1)

10 cm	Pflasterdecke
4 cm	Pflasterbettung Splitt 0/5 mm
25 cm	Schottertragschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 150$ MPa)
21 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 120$ MPa)
60 cm	Gesamtdicke

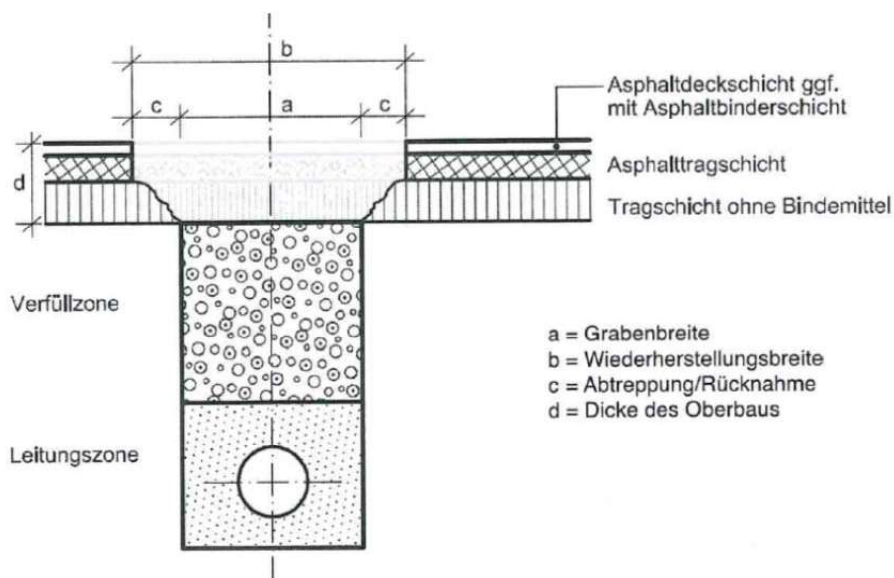
## Hauptverkehrsstraßen (Straßenkategorie HS IV, HS III - Belastungsklasse Bk10)

### Asphaltdecke (RStO 12, Tafel 1, Zeile 4)

4 cm	Asphaltdeckschicht AC 11 DS
8 cm	Asphaltbinder AC 22 BS
10 cm	Asphalttragschicht AC 32 TS
20 cm	Kiestragschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 150 \text{ MPa}$ )
23 cm	Frostschuttschicht 0/45 mm ( $E_{V2} \geq 120 \text{ MPa}$ )
65 cm	Gesamtdicke

## 10. Einbau von Asphaltmischgut

Aufbrüche in Asphaltschichten sind gemäß ZTV A-StB 12, Bild 4, auszuführen.



**Bild 4: Abtreppungen bei Asphaltbauweisen**

Demnach sind alle gebundenen Schichten in einer Flucht scharfkantig zu durchtrennen, überlappende Fugen zwischen Trag- und Deckschichten, welche z. B. durch nachträgliche Fräsarbeiten an der Deckschicht entstehen, sind nicht zulässig. Gleiches gilt für den Wiedereinbau bzw. die Oberflächenwiederherstellung.

Asphaltschichten und sonstige gebundene Schichten sind nach dem Einbau der Schottertragschicht um das Maß der Auflockerung der Randzonen zurückzunehmen (Abtreppungen), mindestens jedoch bei einer Grabentiefe < 2,00 m um jeweils 15 cm, bei einer Grabentiefe  $\geq 2,00 \text{ m}$  um jeweils 20 cm.

Reststreifen der Asphaltbefestigung von weniger als 35 cm neben den zurückgenommenen gebundenen Schichten sind zu entfernen. Größere Reststreifen sind zu entfernen, wenn sie sichtbar gelockert wurden oder an den Rändern Fugenspalten bzw. Risse entstanden sind.



In Asphaltdeckschichten ist die Naht als Fuge gemäß ZTV Asphalt-StB und ZTV Fug-StB durch vergießen nachträglich hergestellter Fugen mit Fugenmasse oder durch die Verwendung von Fugenbändern auszubilden.

In den Wintermonaten ist der Einbau von Asphaltmischgut wetterbedingt nicht möglich. Nach Abschluss der Erdarbeiten sind die Aufbruchstellen in diesem Fall vorübergehend mit Betonsteinpflaster („Winterpflaster“) zu verschließen.

Die Verkehrssicherungspflicht liegt bis zur endgültigen Wiederherstellung und Abnahme der Aufbruchflächen beim Antragsteller.

## **11. Abnahme, Mängelbeseitigung und Gewährleistung**

Nach Abschluss aller Arbeiten ist die Baustelle vollständig zu räumen und innerhalb einer Woche die Abnahme zu beantragen. Mit dem Antrag auf Abnahme ist die Dokumentation der Eigenüberwachungsprüfungen gemäß ZTVE-StB vorzulegen. Die Abnahme wird durch den Straßenbaulastträger – auf Verlangen des Antragstellers in dessen Anwesenheit – durchgeführt.

Bei kleineren Oberflächenaufbrüchen, z. B. bei der Herstellung von Kopföchern zur Sanierung von Hausanschlüssen, kann eine Abnahmebegehung entfallen, sofern mit der Fertigstellungsmeldung geeignete Fotos vorgelegt werden, mit denen die fachgerechte Oberflächenwiederherstellung nachgewiesen werden kann.

Bei Feststellung von Mängeln sind diese unverzüglich zu beseitigen. Innerhalb von 14 Tagen nach Feststellung der Mängel ist eine Nachabnahme zu beantragen.

Vom Tage der Abnahme an gerechnet übernimmt der Antragsteller gemäß BGB für die Dauer von fünf Jahren eine Gewährleistung für die einwandfreie Ausführung der Arbeiten. In dieser Zeit eintretende Schäden sind unverzüglich zu beheben.

Kommt der Antragsteller einer Aufforderung des Straßenbaulastträgers, einen Schaden innerhalb einer gestellten Frist zu beseitigen nicht nach, ist der Straßenbaulastträger berechtigt, die Schadensbehebung selbst oder durch einen Dritten auf Kosten des Antragstellers durchzuführen.

Für alle Schäden, die bei der Durchführung der beantragten Baumaßnahme entstehen oder im Rahmen der Gewährleistung auftreten, haftet sowohl der Antragsteller als auch die bauausführende Firma als Gesamtschuldner.

Insbesondere tragen die bauausführende Firma und der Antragsteller die Haftung gegenüber Ansprüchen Dritter; der Straßenbaulastträger ist von jeglichen Ansprüchen freizustellen.

## **12. Aufbruchsperre**

Nach dem Abschluss öffentlicher Straßenbaumaßnahmen gilt, sowohl bei Neubaumaßnahmen als auch der grundhaften Instandsetzung von gebundenen Deckschichten, eine Aufbruchsperre für einen Zeitraum von fünf Jahren.

Neu hergestellte oder umgebaute Fahrbahnen, Gehwege, Radwege und Parkplätze / Stellflächen sowie sonstige öffentliche Verkehrsflächen mit gebundenen Deckschichten dürfen grundsätzlich nicht vor Ablauf der Sperrfrist aufgebrochen werden. Ausnahmen werden nur für unvorhersehbare Arbeiten in begründeten Fällen zugelassen.

### 13. Kostenübernahme

Sämtliche Kosten für den fachgerechten Aufbruch und die Wiederherstellung der Verkehrsflächen trägt der Antragsteller.

Hierzu gehören neben den Kosten für Erdarbeiten und Oberflächenwiederherstellung auch evtl. anfallende Kosten für die Neuaufstellung, Wiederbeschaffung oder Veränderung, welche durch die ausgeführten Arbeiten an Verkehrszeichen und sonstigen Verkehrseinrichtungen notwendig werden sowie sämtliche Kosten für die Instandsetzung von befestigten Flächen, Grünflächen und Einrichtungen, welche durch die Baustelleneinrichtung, den Baubetrieb, Baustellenverkehr oder Verkehrsumleitungen beschädigt worden sind.

Darüber hinaus sind vom Antragsteller sämtliche anfallenden Verwaltungsgebühren (Verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 StVO, ggf. Sondernutzungserlaubnis nach § 21 StrWG S-H) zu tragen.

Sofern sich der Straßenbaulastträger nach Eingang der Aufbruchanzeige vorbehält, Arbeiten zur Oberflächenwiederherstellung selbst durchzuführen, sind vom Antragsteller die Wiederherstellungskosten in der Höhe zu erstatten, wie sie sich aus dem gültigen Vertrag über die Durchführung von Jahresvertragsarbeiten – zzgl. 5,0% Bauleitungskosten – ergeben.

Aufgestellt:

August 2015

Inselverwaltung der Gemeinde Sylt  
Bauamt, Abt. Verkehrs- und Tiefbauplanung

#### Anlage

- 1 Formblatt „Anzeige zur Durchführung von Arbeiten in öffentlichen Verkehrsflächen“ (Aufbruchanzeige)
- 2 Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung einer Arbeitsstelle (§ 45 Abs. 6 StVO)

## Anzeige zur Durchführung von Arbeiten in öffentlichen Verkehrsflächen (Aufbruchanzeige)

Allgemeine Angaben	Antragsteller	Bauausführender / Bauunternehmen
Name, Vorname / Firmenbezeichnung		
Straße, Hausnummer		
PLZ, Ort		
Telefon (Festnetz, Mobilfunknummer)		
E-Mail		
Ansprechpartner: Name, Vorname		
Mobilfunknummer		

Bezeichnung, Lage und Umfang der Baumaßnahme		
Maßnahmenbezeichnung, ggf. Projekt-Nr.		
Auftraggeber / Veranlassung durch		
Baustelle: PLZ, Ort, ggf. Ortsteil		
Straße, Hausnummer (von – bis)		
Querung öffentlicher Verkehrsflächen (z. B. Fahrbahn, Radweg, Gehweg)	<input type="checkbox"/> ja	Art der Verkehrsfläche/n: geplante Bauweise/n:
	<input type="checkbox"/> nein	
Lage der Aufbruchfläche/n im Verkehrsraum  Abmessungen der Aufbruchfläche/n (Länge x Breite, ggf. Anzahl) gemäß beigefügten Planunterlagen	Fahrbahn: ..... x ..... m (..... St)	Park-/Abstellfläche: ..... x ..... m (..... St)
	Gehweg: ..... x ..... m (..... St)	Radweg: ..... x ..... m (..... St)
	Geh-/Radweg: ..... x ..... m (..... St)	Bushaltebuch: ..... x ..... m (..... St)
	bef. Seitenstreifen: ..... x ..... m (..... St)	unbef. Seitenstreifen: ..... x ..... m (..... St)
	Grünfläche: ..... x ..... m (..... St)	..... : ..... x ..... m (..... St)
gepl. Bauausführung (Tag / Monat / Jahr)	Baubeginn: ..... / ..... / .....	Bauende: ..... / ..... / .....

Durchzuführende Arbeiten					
Allgemeine Beschreibung, Angabe der Gesamtaufbruchfläche [m²]					
Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen Rohrlänge, Rohrmaterial, Rohrdurchmesser Verlegeverfahren (offene / geschl. Bauweise)	<input type="checkbox"/> Wasser	<input type="checkbox"/> Gas	<input type="checkbox"/> Nah-/Fernwärme	<input type="checkbox"/> RW-Kanal	<input type="checkbox"/> SW-Kanal
Kabellegungen Kabellänge, Schutz- / Leerrohrdurchmesser Verlegeverfahren (offene / geschl. Bauweise)	<input type="checkbox"/> MSP	<input type="checkbox"/> NSP	<input type="checkbox"/> Straßenbeleuchtung	<input type="checkbox"/> Telefon	<input type="checkbox"/> Multimedia

Beigefügte Anlagen	
Übersichtslageplan: Anzahl, Maßstab	<input type="checkbox"/> ..... Stck, M 1 : ..... <input type="checkbox"/> ..... Stck, M 1 : .....
Lageplan / Lageskizze: Anzahl, Maßstab	<input type="checkbox"/> ..... Stck, M 1 : ..... <input type="checkbox"/> ..... Stck, M 1 : .....
Sonstige Unterlagen	<input type="checkbox"/> ..... Stck. Farbfotos (digital / Papier) <input type="checkbox"/> .....

Ich verpflichte mich, die Bedingungen für den Aufbruch und die Wiederherstellung öffentlicher Verkehrsflächen einzuhalten und deren Einhaltung durch die bauausführende Firma zu überwachen.

Ort / Datum	Antragsteller (Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift)

<div style="border: 1px solid black; height: 80px; margin-bottom: 10px;"><b>Antragsteller: (Bau-) Unternehmer</b></div> <div style="border: 1px solid black; height: 80px;"></div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 2px;"><b>Ort, Datum</b></div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 2px;"><b>Telefon- Nr. des Antragstellers</b></div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 2px;"><b>Telefax-Nr. des Antragstellers</b></div>						
<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: flex-start;"><div style="width: 45%;"><p><input type="checkbox"/> <b>Antrag</b></p><p><input type="checkbox"/> <b>Antrag - vereinfachtes Verfahren<sup>3</sup> - auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung einer Arbeitsstelle an Straßen (§ 45 Abs. 6 StVO)<sup>3</sup></b></p></div><div style="width: 50%; border: 1px solid black; padding: 5px;"><p><b>Anlagen:</b></p><table style="width: 100%;"><tr><td><input type="checkbox"/> Regelplan Nr. mit Änderungen</td><td><input type="checkbox"/> Signallageplan mit Signalzeitenplan</td></tr><tr><td><input type="checkbox"/> Verkehrszeichenplan Nr.</td><td><input type="checkbox"/> Umleitungsplan</td></tr><tr><td><input type="checkbox"/> Lageplan</td><td><input type="checkbox"/></td></tr></table></div></div> <p style="font-size: small; margin-top: 5px;">1), 2) Zuständigkeit 3) Hinweise siehe Rückseite Satz 1</p>		<input type="checkbox"/> Regelplan Nr. mit Änderungen	<input type="checkbox"/> Signallageplan mit Signalzeitenplan	<input type="checkbox"/> Verkehrszeichenplan Nr.	<input type="checkbox"/> Umleitungsplan	<input type="checkbox"/> Lageplan	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Regelplan Nr. mit Änderungen	<input type="checkbox"/> Signallageplan mit Signalzeitenplan						
<input type="checkbox"/> Verkehrszeichenplan Nr.	<input type="checkbox"/> Umleitungsplan						
<input type="checkbox"/> Lageplan	<input type="checkbox"/>						
<p><b>I. Antrag</b></p> <p>Der oben genannte (Bau-) Unternehmer plant</p> <p><input type="checkbox"/> Arbeiten im Straßenraum (§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StVO)<sup>1</sup></p> <p><input type="checkbox"/> Straßenbauarbeiten (§ 45 Abs. 2 Satz 1 StVO)<sup>2</sup>.</p> <p>Diese wirken sich auf den Straßenverkehr aus.</p> <p>Zur <b>Sicherung der Arbeitsstelle</b> (Arbeitsbereich) sowie zur <b>Sicherung und Ordnung des Verkehrs</b> (Verkehrsbereich) wird deshalb eine verkehrsrechtliche Anordnung beantragt (§ 45 Abs. 6 StVO).</p> <p><input type="checkbox"/> Dazu werden die anliegenden Pläne vorgelegt.</p> <p><input type="checkbox"/> Dazu wird kein Verkehrszeichenplan vorgelegt.</p>							
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Der Regelplan Nr. <span style="border: 1px solid black; padding: 0 20px;"></span> ist <b>ohne</b> Änderung geeignet.</div></div>							
<p><b>II. Angaben zur Arbeitsstelle</b></p> <p><b>1. Art der Arbeitsstelle</b> <span style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> ortsfest</span> <span style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> beweglich</span></p> <p>Beschreibung der Arbeiten</p> <div style="border: 1px solid black; height: 30px; margin-top: 5px;"></div>							
<p><b>2. Lage der Arbeitsstelle</b> <span style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> innerorts</span> <span style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> außerorts</span></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">PLZ, Stadt/Gemeinde, Stadtteil/Gemeindeteil, Straßenname</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">Straßenklasse und Nummer (z.B. B 27) sowie Lage (z.B. südlich von Stadt)</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">Genauere Länge der Arbeitsstelle mit genauer Ortsangabe (ggf. getrennt nach Bauphasen)</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">z.B. von Hausnummer x bis y, von km x bis y, von Straße x bis Straße y</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">Beschreibung der betroffenen Straßenteile</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">z.B. gesamte Straße, (Richtungs-) Fahrbahn, Seitenstreifen, Parkstreifen, Radweg, Gehweg</div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"><div style="width: 45%;"><p><b>Breiten der betroffenen Straßenteile</b></p><div style="border: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div></div><div style="width: 45%;"><p><b>verbleibende Breiten</b></p><div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">insbesondere Breiten von Behelfsfahrbahnen, Restbreiten von eingeschränkten Fahrbahnteilen</div></div></div>							
<p><b>3. Dauer der Arbeitsstelle</b></p> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"><div style="width: 45%;"><p><b>Errichtung der Arbeitsstelle</b></p><div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">Geplanter bzw. frühester Beginn der Arbeiten</div></div><div style="width: 45%;"><div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">Geplantes bzw. spätestes Ende der Arbeiten</div></div></div> <p style="margin-top: 10px;">Weitere Detailangaben zum zeitlichen Ablauf</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px;">z.B. einzelne Bauphasen, arbeitsfreie Tage</div>							
<p>Verteiler:</p>							



## Vereinfachtes Verfahren (wenn zutreffend, bitte im Antrag "vereinfachtes Verfahren" ankreuzen)

Die zuständige Behörde kann auf Antrag ein vereinfachtes Verfahren für Verkehrsbetriebe, Versorgungsträger, die Deutsche Post AG und für Unternehmer, die im Rahmen von Verträgen für einen längeren Zeitraum mit der Durchführung von Arbeiten im Straßenraum beauftragt sind, festlegen (sog. »Jahresgenehmigungen«). Davon unberührt bietet dieses Formblatt ein »vereinfachtes Verfahren« für alle anderen (Bau-) Unternehmer an, welche geringfügige Arbeitsstellen auf verkehrsschwachen Straßen durchführen. Dazu wird allerdings von den (Bau-) Unternehmer eine besondere Sorgfalt bei der Ausfüllung des Antrags erwartet, da dieser teilweise zum Bestandteil der verkehrsrechtlichen Anordnung werden soll. Denn diese Angaben müssen nach den »Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen- RSA« in der verkehrsrechtlichen Anordnung enthalten sein.

### 1. Allgemeines

Von Arbeitsstellen an Straßen gehen besondere Gefahren aus. Die Straßenverkehrsordnung (StVO) lässt deshalb Arbeitsstellen an Straßen, die sich auf den Straßenverkehr auswirken (Arbeiten im Straßenraum [§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StVO] und Straßenbauarbeiten [§ 45 Abs. 2 Satz 1 StVO]), nur zu, wenn der (Bau-)Unternehmer vor Beginn der Arbeiten von der zuständigen Behörde eine **Anordnung** zur Sicherung der Arbeitsstelle (Arbeitsbereich) und zur Sicherung und Ordnung des Verkehrs an der Arbeitsstelle (Verkehrsbereich) eingeholt und ausgeführt hat (§ 45 Abs. 6 Satz 1 StVO).

Mit der verkehrsrechtlichen Anordnung wird festgelegt, wie die Arbeitsstelle mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen abzusperren und zu kennzeichnen ist, ob und wie der Verkehr zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist, ferner ob und wie die gesperrten Straßen und Umleitungen zu kennzeichnen sind.

Arbeiten, durch welche die Fahrbahn eingeengt wird, bedürfen vorher zusätzlich der Zustimmung der zuständigen Straßenverkehrsbehörde (bei gekennzeichneten Vorfahrtstraßen) bzw. der Regierung (bei gekennzeichneten Bedarfsumleitungen für den Autobahnverkehr) (§ 45 Abs. 7 Satz 1 StVO).

Mit Arbeiten, welche sich auf den Straßenverkehr auswirken, darf also erst begonnen werden, wenn die Arbeitsstelle sowie die (verkehrsrechtlichen) Sicherungsmaßnahmen »behördlich genehmigt« und die Sicherungsmaßnahmen ausgeführt worden sind. Sie sind dann zu beenden, wenn die Frist der verkehrsrechtlichen Anordnung abgelaufen ist.

### 2. Planung der Arbeitsstellen

Arbeitsstellen sind so zu planen, dass ihre Dauer und räumliche Ausdehnung die Verkehrsabwicklung möglichst wenig erschweren. Entfallen vorübergehend Gründe für die Arbeitsstelle oder lassen die Umstände zeitweise Erleichterungen zu, dann soll die Arbeitsstelle für diese Zeit aufgehoben oder eingeschränkt werden. Insbesondere sollen Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverbote, die nur während der Arbeitszeit (z. B. zum Schutz der im Arbeitsbereich Tätigen) erforderlich sind, in der arbeitsfreien Zeit aufgehoben werden.

Bei räumlich längeren Arbeitsstellen ist darauf zu achten, dass - entsprechend dem Baufortschritt - die für den Verkehr wirksame Baustellenlänge und Baustellenbreite möglichst gering gehalten werden.

Arbeiten an verkehrsreichen Straßen sollen nach Möglichkeit in verkehrsschwachen Zeiten ausgeführt werden. Bei Arbeitsstellen von längerer Dauer ist auf Zeiten mit starkem Reiseverkehr, bei Arbeitsstellen von kürzerer Dauer ist auf die Spitzen des Berufs- und Ausflugsverkehrs zu achten.

Als Umleitungsstrecken sollen nur solche Straßen ausgewählt werden, die für die Art und Menge des umzuleitenden Verkehrs genügen und die, wenn notwendig, mit zumutbarem Aufwand für die Umleitung hergerichtet werden können.

Bereits bei der Planung von zeitlich und/oder räumlich größeren Arbeitsstellen sind die Straßenverkehrsbehörde sowie die Polizei frühzeitig zu beteiligen. Soweit in Städten besondere Stellen zur Koordinierung solcher Arbeiten eingerichtet sind, sind diese zu beteiligen.

### 3. Haftung (Verkehrssicherungspflicht)

Zur Sicherung der Arbeitsstelle ist in erster Linie der (Bau-)Unternehmer, der die tatsächliche Gewalt über die Baustelle hat, verpflichtet. Verantwortlich sind daneben aber auch der örtliche Arbeitsstellenleiter, u. U. sogar der Auftraggeber und der Träger der Straßenbaulast.

Die Verkehrssicherungspflicht des (Bau-)Unternehmers betrifft die gesamte Arbeitsstelle und beginnt bzw. endet, solange der (Bau-)Unternehmer die tatsächliche Gewalt über die Baustelle hat; in der Regel also auch noch nach Abschluss der Bauarbeiten bis zum Abbau der Sicherungsmaßnahmen.

Die Verkehrssicherungspflicht beruht auf dem Gedanken, dass niemand einen anderen mehr als unvermeidlich gefährden soll. Sie bedeutet, dass jeder, der Gefahrenquellen schafft, die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz Dritter zu treffen hat. Der Verkehrssicherungspflichtige muss in geeigneter Weise alle, aber auch nur diejenigen Gefahren ausräumen oder vor ihnen warnen, die für den Wegebewerber, der die erforderliche Sorgfalt walten lässt, nicht oder nicht rechtzeitig erkennbar sind. Grundsätzlich hat sich der Straßenbenutzer den gegebenen Verhältnissen anzupassen und die Straße so hinzunehmen, wie sie sich ihm erkennbar darbietet; eine besondere Verkehrssicherungspflicht beginnt erst dort, wo auch für einen aufmerksamen Straßenbenutzer eine Gefahrenlage entweder völlig überraschend oder nicht ohne weiteres erkennbar ist.

### 4. Umfang der Sicherungsmaßnahmen

Welche (verkehrsrechtlichen) Sicherungsmaßnahmen unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht, aber auch des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, erforderlich sind, richtet sich nach den besonderen örtlichen und verkehrlichen Umständen des Einzelfalles. Je größer und schwerer erkennbar eine von der Arbeitsstelle ausgehende Gefahr ist, desto deutlicher müssen die Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der Arbeitskräfte, der Geräte und der Maschinen in der Arbeitsstelle selbst, sowie zum Schutz der Verkehrsteilnehmer (Kraftfahrzeugverkehr, Radverkehr, Fußgängerverkehr usw.) sein.

Die Verkehrssicherungspflicht endet deshalb auch nicht den (Bau-) Unternehmer ständig in eigener Verantwortung zu prüfen, ob die behördlich angeordneten (verkehrsrechtlichen) Maßnahmen ausreichen. Stellt sich vor oder während der Arbeiten heraus, dass die angeordneten (verkehrsrechtlichen) Maßnahmen nicht (mehr) ausreichend sein könnten, muss er unverzüglich bei der zuständigen Behörde - bei Gefahr in Verzug bei der Polizei - eine ergänzende verkehrsrechtliche Anordnung einholen.

Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (einschließlich der damit verbundenen Gebote und Verbote) können durch bauliche Leitelemente (z. B. Leitborde, Leitwände) oder andere Warneinrichtungen (z. B. Warnfahnen, Warnbänder, Warnposten) unterstützt oder ergänzt werden. Diese sonstigen Maßnahmen bedürfen keiner verkehrsrechtlichen Anordnung auf Grundlage der StVO. Von ihnen geht jedoch auch keine unmittelbare rechtliche Wirkung auf das Verkehrsverhalten aus. Sie können daher angeordnete oder erforderliche Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen regelmäßig nicht ersetzen.

### 5. Aufstellung von Verkehrszeichenplänen

Der (Bau-)Unternehmer ist grundsätzlich verpflichtet, dem Antrag zur Sicherung der Arbeitsstelle einen Verkehrszeichenplan, ggf. auch einen Umleitungsplan<sup>1</sup> (bei Verkehrsumleitungen) sowie einen Signallageplan und Signalzeitenplan<sup>1</sup> (bei Lichtzeichenregelung) beizugeben. Diese Pläne sind unter Beachtung der Vorschriften der StVO, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO sowie den »Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen- RSA«, den »Richtlinien für Umleitungs- beschilderungen- RUB« sowie den »Richtlinien für Lichtsignalanlagen- RiLSA« aufzustellen.

Die »Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen- RSA« enthalten zur Arbeitsleistung, abgestimmt auf Standardsituationen, Regelpläne<sup>2</sup>. Ein geeigneter Regelplan kann dann, wenn es die besonderen örtlichen und verkehrlichen Umstände zulassen, unverändert übernommen werden. Auch kann ein grundsätzlich geeigneter Regelplan als Grundbaustein für einen eigenen Verkehrszeichenplan verwendet werden. Nur wenn die besonderen örtlichen und verkehrlichen Umstände nicht unerheblich von den Standardsituationen abweichen, ist die Aufstellung eines eigenen Verkehrszeichenplanes z. B. auf Grundlage eines Lageplanes des Vermessungsamtes/ des Trägers der Straßenbaulast ratsam.

Der Verkehrszeichenplan/der Antrag muss neben den Sicherungsmaßnahmen auch besondere Einzelheiten über zu ändernde Verkehrszeichen (einschl. Markierungen) im Verlauf der Arbeiten, Änderungen an arbeitsfreien Tagen sowie zur entgegenstehenden und vorhandenen Verkehrsregelung (z. B. vorhandene Beschilderung und Markierung mit Angaben über erforderliches Abdecken, Entfernen oder Ungültigmachen) enthalten.

Der (Bau-)Unternehmer muss einen Verkehrszeichenplan nur dann nicht vorlegen, wenn einer der nachfolgenden Fälle zutrifft:

1. Bei Arbeiten von kurzer Dauer und geringem Umfang der Arbeitsstelle wenn die Arbeiten sich nur unwesentlich auf den Verkehr auswirken.

(Dies setzt voraus, dass die Auswirkungen der Arbeitsstelle auf den Straßenverkehr tatsächlich so geringfügig sind, dass der Eintritt konkreter Gefahr als ausgeschlossen ist. Das ist nur sehr selten der Fall. Die Straßenverkehrsbehörden sind im Sinne der Verkehrssicherheit gehalten, diese Ausnahmeurteilung zurückhalten zu handhaben.)

2. Wenn ein geeigneter Regelplan besteht und dieser unverändert übernommen werden kann.

(Die zuständige Behörde legt dann Ihrer verkehrsrechtlichen Anordnung eine bestätigte Ausführung des Regelplans bei).

3. Wenn die zuständige Behörde selbst einen Plan aufstellt.

(Auf diese Ausnahmeurteilung besteht kein Anspruch. Sie kann insbesondere nur bei größeren Arbeiten, welche ein abgestimmtes Verkehrskonzept verlangen, in Betracht kommen. Es wird deshalb dringend empfohlen, die zuständige Behörde frühzeitig anzusprechen.)

### 6. Verantwortlicher

Als Verantwortlicher kann benannt werden, wer jederzeit direkten Zugriff auf die Arbeitsstelle vor Ort hat und über ausreichende Entscheidungsvollmacht des (Bau-) Unternehmers verfügt. Die Benennung eines Verantwortlichen schließt allerdings nicht die in erster Linie bestehende Verantwortung des (Bau-) Unternehmers aus; entscheidend sind hier die besonderen Umstände des Einzelfalles. Die zuständige Behörde kann gestatten, dass der Verantwortliche erst bis zur Errichtung der Arbeitsstelle benannt wird.

### 7. Überprüfung/Überwachung

Die Straßenverkehrsbehörde, die Straßenbaubehörde und die Polizei sind gehalten, Arbeitsstellen an Straßen vor Ort hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der angeordneten (verkehrsrechtlichen) Sicherungsmaßnahmen zu prüfen und die planmäßige Kennzeichnung zu überwachen. Der (Bau-)Unternehmer muss deshalb immer mit solchen Kontrollen rechnen.

### 8. Kosten

Die Kosten der Beschaffung, Anbringung, Entfernung, Unterhaltung und des Betriebs von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen hat der (Bau-) Unternehmer dann zu tragen, wenn sie durch diese Arbeiten erforderlich werden (vgl. § 5 b Abs. 2 Buchst. d StVG).

### 9. Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig mit Arbeiten beginnt, ohne zuvor Anordnungen eingeholt zu haben, diese Anordnungen nicht befolgt oder Lichtzeichenanlagen nicht bedient (vgl. § 49 Abs. 4 Nr. 3 StVO).

Ohne Anordnung aufgestellte oder von der Anordnung abweichende Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sind nichtig und müssen von den Verkehrsteilnehmern nur befolgt werden, solange und soweit ansonsten eine Gefahr zu befürchten ist (z. B. Vorfahrtregelung).

### 10. Sondernutzung

Die Benutzung der Straßen im Rahmen ihrer Widmung für den Verkehr (Gemeingebrauch) ist jedermann gestattet. Die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der (öffentlich-rechtlichen) Erlaubnis, wenn durch die Benutzung der Gemeingebrauch beeinträchtigt werden kann bzw. der (privat-rechtlichen) Gestattung, wenn durch die Benutzung der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt werden kann. Näheres kann bei der Straßenbaubehörde, ggf. auch bei der Gemeinde, erfragt werden.



### III. Kennzeichnung, Verkehrsregelung, Verkehrsführung

1. Die Kennzeichnung, Verkehrsregelung und Verkehrsführung soll erfolgen

☐

gemäß anliegendem (geänderten) Regelplan

☐

gemäß anliegendem Umleitungsplan

☐

gemäß anliegendem Verkehrszeichenplan

☐

gemäß anliegendem Signallageplan mit Signalzeitenplan

2. Änderung der neuen Beschilderung und Markierung im Verlauf der Arbeiten notwendig

z. B. Bauphasen

3. Änderung der neuen Beschilderung und Markierung an arbeitsfreien Tagen möglich

z. B. vorübergehende Aufhebung von Geschwindigkeitsbeschränkungen

4. Änderung der vorhandenen Beschilderung und Markierung, soweit ein Abdecken, Entfernen oder Ungültigmachen erforderlich

☐

Abdecken

von (Angabe der Beschilderung und Markierung)

während (Angabe der Dauer)

☐

Entfernen

☐

Ungültigmachen

5. Umleitung notwendig

z. B. wegen Vollsperrung

6. Einsatz einer Lichtzeichenanlage notwendig

z. B. zur Verkehrsregelung an einer Engstelle

7. Anliegerverkehr frei bis

z. B. Hausnummer X

8. Sonstiges

z. B. eingeschränkte Tragkraft, eingeschränkte Höhe, Beleuchtung

### IV. Verantwortlicher

Verantwortlich für die Verkehrssicherung während und nach der Arbeitszeit ist:

Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer

Verantwortlich für den Betrieb; sowie die Störungsbeseitigung der Lichtzeichenanlage während und nach der Arbeitszeit ist:

Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer

### V. Sondernutzung

☐

Es wird hiermit gleichzeitig beantragt, zu diesem Vorhaben bei dem zuständigen Träger der Straßenbaulast eine Erlaubnis/Gestattung zur Sondernutzung zu erwirken.

☐

Eine Erlaubnis/Gestattung zur Sondernutzung

☐

liegt bei

☐

bereits beantragt (wird nachgereicht)

☐

nicht erforderlich

### VI. Erklärungen (Unterhalt, Haftung)

Es wird versichert, dass die **verkehrsrechtliche Anordnung** durch den (Bau-)Unternehmer **befolgt** wird. Insbesondere werden die angeordneten Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen angebracht, unterhalten und entfernt, sowie Lichtzeichenanlagen bedient. Es ist auch bekannt, dass der (Bau-)Unternehmer die **Kosten** der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, die durch die verkehrsrechtliche Anordnung erforderlich werden, zu tragen hat. Weiterhin wird erklärt, dass der (Bau-)Unternehmer den Träger der Straßenbaulast, sowie die Straßenbaubehörde und die Straßenverkehrsbehörde von jeder **Haftung** freistellt, welche durch das Vorhaben bedingt ist und mit ihm in ursächlichem Zusammenhang steht.

Ort, Datum

Unterschrift des (Bau-) Unternehmers

## I: Regelpläne B I

### Innerörtliche Straßen

#### Arbeitsstellen von längerer Dauer im Fahrbahnbereich

#### Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

- 080-B I/1 Straße mit geringer Verkehrsstärke oder in geschwindigkeitsreduziertem Bereich oder mit geringer Einengung
- 080-B I/2 Straße mit geringer Verkehrsstärke oder in geschwindigkeitsreduziertem Bereich und mit deutlicher Einengung
- 080-B I/3 2streifige Fahrbahn mit geringer Einengung (Analog bei Richtungsfahrbahn)
- 080-B I/4 2streifige Fahrbahn mit Verkehrsführung über Behelfsfahrstreifen (Analog bei Richtungsfahrbahn)
- 080-B I/5 2streifige Fahrbahn mit halbseitiger Sperrung und geringer Verkehrsstärke - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen
- 080-B I/6 2streifige Fahrbahn mit halbseitiger Sperrung - Verkehrsregelung durch Lichtsignalanlage
- 080-B I/7 2streifige Fahrbahn mit Arbeitsstelle in Fahrbahnmitte
- 080-B I/8 2streifige Fahrbahn mit beidseitiger Einengung mit geringer Verkehrsstärke - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen
- 080-B I/9 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines rechten Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung - Führung über Seitenstreifen
- 080-B I/10 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines linken Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung - Führung über Seitenstreifen
- 080-B I/11 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines rechten Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung
- 080-B I/12 4streifige Fahrbahn mit Sperrung eines linken Fahrstreifens bzw. 3streifige Fahrbahn mit Sperrung im Bereich der 2streifigen Richtung
- 080-B I/13 4streifige Fahrbahn mit Sperrung der beiden linken Fahrstreifen
- 080-B I/14 4streifige Fahrbahn mit Sperrung der Fahrstreifen einer Richtung
- 080-B I/15 3streifige Fahrbahn mit Sperrung der 1streifigen Richtung
- 080-B I/16 2streifige Fahrbahn mit halbseitiger Sperrung - Einbahnstraßenregelung - ggf. Einrichtung einer Umleitung
- 080-B I/17 Sperrung einer Straße - ggf. Einrichtung einer Umleitung

## II: Regelpläne B II

### Innerörtliche Straßen

#### Arbeitsstellen von längerer Dauer im Geh- und Radwegbereich

#### Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

- 080-B II/1 Arbeitsstellen für Geh- und/oder Radwegen
- 080-B II/2 Paralleler Geh- und Radweg mit Sperrung des Radweges (bei Sperrung des Gehweges analog) geringe Einengung der Fahrbahn (bei Richtungsfahrbahn analog)
- 080-B II/3 Paralleler Geh- und Radweg mit Sperrung des Radweges (bei Sperrung des Gehweges analog) geringe Einengung der Fahrbahn (bei Richtungsfahrbahn analog)
- 080-B II/4 Paralleler Geh- und Radweg mit Sperrung des Radweges und Einengung des Gehweges - Notweg auf der Fahrbahn (bei Richtungsfahrbahn analog)
- 080-B II/5 Gehweg-Vollsperrung, Notweg auf der Fahrbahn, Straße mit geringer Verkehrsstärke oder in geschwindigkeitsreduziertem Bereich mit geringer Einengung
- 080-B II/6 Gehweg-Vollsperrung, Notweg auf der Fahrbahn (bei Notweg auf dem Seitenstreifen analog), Straße mit geringer Verkehrsstärke oder im geschwindigkeitsreduzierten Bereich mit deutlicher Einengung
- 080-B II/7 Paralleler Geh- und Radweg, Notweg über Fahrbahn, Verkehrsführung über Behelfsfahrstreifen (bei Richtungsfahrbahn analog)
- 080-B II/8 Paralleler Geh- und Radweg, Notweg über Fahrbahn, halbseitige Sperrung der Fahrbahn bei geringer Verkehrsstärke - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen (bei Richtungsfahrbahn analog)
- 080-B II/9 Paralleler Geh- und Radweg, Notweg über Seitenstreifen, ohne Einengung der Fahrbahn

## III: Regelpläne B III

### Innerörtliche Straßen

#### Arbeitsstellen von längerer Dauer im Bereich von Schienenbahnen

#### Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

- 080-B III/1 4streifige Fahrbahn mit Schienenbahn, Sperrung des Schienenbereiches nur in einer Fahrtrichtung
- 080-B III/2 4streifige Fahrbahn mit Schienenbahn, Sperrung des Schienenbahnbereiches insgesamt
- 080-B III/3 4streifige Fahrbahn mit Schienenbahn, Sperrung des Schienenbahnbereiches auf eigenem Gleiskörper und des rechten Fahrstreifens

## IV: Regelpläne B IV

### Innerörtliche Straßen

#### Arbeitsstellen von kürzerer Dauer

#### Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

- 080-B IV/1 Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Einengung eines Fahrstreifens
- 080-B IV/2 Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Sicherungsfahrzeugen
- 080-B IV/3 Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Sperrung des Schienenbahnbereiches

## V: Regelpläne C I

### Landstraßen

#### Arbeitsstellen von längerer Dauer

#### Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

- 080-C I/1 Ohne Einengung der Fahrbahn
- 080-C I/2 Mit geringer Einengung der Fahrbahn
- 080-C I/3 Verkehrsführung über Behelfsfahrstreifen
- 080-C I/4 Fahrbahn halbseitig gesperrt - Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen
- 080-C I/5 Fahrbahn halbseitig gesperrt - Verkehrsregelung durch Lichtzeichenanlage
- 080-C I/6 Arbeitsstelle am Übergang vom Außen- in den Innenortsbereich Fahrbahn halbseitig gesperrt
- 080-C I/7 3streifige Fahrbahn Sperrung des rechten Fahrstreifens der 2streifigen Richtung
- 080-C I/8 3streifige Fahrbahn Sperrung der 1streifigen Richtung
- 080-C I/9 Arbeitsstellenumfahrung mit Behelfsfahrbahn

## VI: Regelpläne C II

### Landstraßen

#### Arbeitsstellen von kürzerer Dauer

#### Best.-Nr./Regelplan - Bezeichnung

- 080-C II/1 Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit Beschilderung auf Straßen mit geringer Verkehrsstärke (nur bei Tageslicht)
- 080-C II/2 Arbeitsstelle von kürzerer Dauer mit fahrbarer Absperrtafel (nur bei Tageslicht)
- 080-C II/3 Bewegliche Arbeitsstelle (nur bei Tageslicht)
- 080-C II/4 Arbeitsstelle für Markierungsarbeiten in Fahrbahnmitte (nur bei Tageslicht)
- 080-C II/5 Vermessungsarbeiten außerorts mit starker Einschränkung einer Fahrbahn im Gegenverkehr - Sicherung mit Leitkegel